

(S+) Diskussion um AfD-Verbot: Was man aus der Weimarer Republik für den Umgang mit der AfD lernen kann

Felix Bohr, DER SPIEGEL

Kurzer Spoiler vorab: Die Bundesrepublik ist nicht die [Weimarer Republik](#), 2023 nicht 1923 und Höcke nicht Hitler. Trotzdem stellt sich gerade in diesen Tagen die Frage, inwiefern es historische Parallelen zwischen beiden Parteien gibt und welche Lehren man aus der ersten deutschen Demokratie für den Umgang mit den Rechten ziehen kann. Die [Weimarer Republik](#) bestand ab 1918 und endete 1933 mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten. Es folgten Diktatur, Vernichtungskrieg und Völkermord.

Der AfD-Ehrenvorsitzende [Alexander Gauland](#) bezeichnete den [Nationalsozialismus](#) bekanntermaßen einmal als »Vogelschiss in über 1000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte«. Solche Sichtweisen zählen zur DNA der teils rechtsextremen AfD, die mit ihren Hassparolen gegen Migranten, Muslime und Menschen mit unterschiedlicher sexueller Orientierung von einem [Umfragehoch](#) zum nächsten eilt.

Laut Infratest dimap liegt die Rechtsaußenpartei derzeit bei bundesweit 20 Prozent der Stimmen. Im Osten Deutschlands ist die [AfD](#) laut einer Forsa-Umfrage vom Juni mit 32 Prozent mittlerweile zur stärksten Kraft geworden. In [Thüringen](#), wo der Landesverband vom dortigen Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft wird, stellt sie seit Kurzem einen Landrat. Wenn es so weitergeht, könnte der Thüringer Parteichef [Björn Höcke](#) 2024 bei der Landtagswahl einen Kantersieg einfahren. Eine Umfrage sah die AfD Anfang Juli bei 34 Prozent.

Wäre ein Parteiverbot die Lösung?

Wie lässt sich diese Erfolgswelle brechen? Wäre ein Parteiverbot die Lösung? Das bestand für die 1920 gegründete NSDAP wegen Republikfeindlichkeit bereits ab 1922 in mehreren deutschen Ländern, darunter Hamburg und Preußen. Die Verbote waren eine Reaktion auf Hitlers unverhohlenen Hass auf das demokratische System. Er äußerte öffentlich Putschpläne. Wo er und seine Leute auftraten, [kam es zu Schlägereien](#).

In Bayern, wo die NSDAP die meisten Anhänger und Geldgeber hatte, duldeten die erzkonservativen Behörden Hitlers antidemokratisches Agieren – [und ließen es letztlich eskalieren](#): Am 8. und 9. November 1923 versuchten [Hitler](#) und Anhänger in München einen [Putsch](#), mit dem die Reichsregierung in Berlin gestürzt werden sollte. Erst nach seinem blutigen Scheitern wurde die NSDAP reichsweit verboten. Hitler kam in Haft. Doch nach der Entlassung konnte er seine Partei neu gründen.

Im Fall der AfD kommt [eine Studie des »Deutschen Instituts für Menschenrechte«](#) zu dem Ergebnis, dass die Voraussetzungen für ein Verbot erfüllt seien. Die Partei wolle die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen und den Schutz der Menschenwürde abschaffen. Der frühere Ostbeauftragte Marco Wanderwitz ([CDU](#)) pocht auf ein Verbotsverfahren.

»Ich glaube nicht, dass ein Parteiverbot viel bringt«, sagt hingegen die Historikerin Nadine Rossol von der University of Essex, eine Spezialistin für die Zeit der Weimarer Republik. »Die AfD ist politisch bereits etabliert. Die Wähler verschwinden ja nicht.« Dass ein Parteiverbot nicht wirklich etwas bringe, zeige auch die Geschichte der Hitlerpartei.

»Selbst, wenn man die NSDAP 1923 dauerhaft verboten und ihre Strukturen zerschlagen hätte, wären vermutlich politische Alternativen entstanden«, so Rossol. Womöglich hätte sich dann eine andere völkische Partei radikalisiert. Aber wäre mit einem dauerhaften NSDAP-Verbot nicht wenigstens Hitler als Demagoge kaltgestellt und womöglich wieder zum untalentierten Maler geworden? »Das Szenario ist sehr spekulativ«, antwortet Rossol.

So konnte die NSDAP zum Sprachrohr der unzähligen Republikgegner in Deutschland werden, die in der Demokratie die Staatsform der verhassten Sieger des [Ersten Weltkriegs](#) sahen. Ab Ende der Zwanzigerjahre profitierte Hitler dann vor allem von der explodierenden Arbeitslosigkeit infolge der Weltwirtschaftskrise: Die grassierende Armut in Deutschland und fehlenden sozialen Absicherungen verschlimmerten die gesellschaftliche Spaltung.

Um 1928 erschütterte zudem eine Agrarkrise das Land. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte fielen wegen der internationalen Konkurrenz ins Bodenlose. Die ländliche Wählerschaft radikalisierte sich. Davon profitierte fast ausschließlich die NSDAP, die sich gezielt auf dem Land engagiert hatte. Vor Ort brachten sich Nationalsozialisten im Schützenverein oder der Kirchengemeinde ein. Regelmäßig marschierten SA-Formationen durch die Dörfer. Die Nazis organisierten Gefallenenehrungen oder abendliche Saalveranstaltungen.

Die Dauerpräsenz überzeugte gerade in ländlichen Regionen viele. Andere Parteien ließen sich hingegen nur selten blicken. »Es wäre wichtig gewesen, die Menschen in den ländlichen NSDAP-Hochburgen frühzeitig für die Republik zu gewinnen. Das wurde verpasst«, so Rossol.

In [Thüringen](#) wählten viele Menschen schon damals rechts. [Bei der Landtagswahl im Juli 1932](#) erhielt die NSDAP 42,5 Prozent der Stimmen. »Die [SPD](#) als staatstragende Partei und Verteidigerin der Demokratie hat damals die Landarbeiter nicht erreicht«, sagt Rossol. Die [Sozialdemokraten](#) hätten sich voll auf die Arbeiterschaft in den Industriehochburgen konzentriert und die Wähler auf dem Land vernachlässigt.

Die Grünen sind zu städtisch, zu westlich geprägt

»Da gibt es Parallelen zu heute«, sagt Rossol. »Die AfD macht sich gezielt in ländlichen Gebieten breit, wo ein Gefühl der Abhängigkeit herrscht.« Ihre Botschaft sei die gleiche wie damals bei der NSDAP: »Wir sind die, die sich um euch kümmern«. Als Gegenmittel reiche es aber nicht, nur staatliche Fördermittel in die Gegend zu pumpen. Vielmehr müssten die demokratischen Parteien vor Ort präsent sein und konkrete Lösungen für die Probleme der Menschen liefern.

Die Grünen etwa zeigen zwar eine alternative Politik zur AfD-Agenda auf, können damit aber im Osten Deutschlands bis heute nicht landen. Zu städtisch, zu westlich geprägt, zu wenig an den Themen vor Ort orientiert. Vielerorts stößt darüber hinaus die Politik der Berliner [Ampelkoalition](#) auf Ablehnung.

»Der Höhenflug der AfD in den Umfragen ist auch ein Ergebnis der derzeitigen Regierungsarbeit«, sagt der Berliner Historiker und Nationalsozialismus-Experte Michael Wildt. »Bei vielen entsteht der Eindruck, es gehe mehr um Gendersternchen als um soziale Sicherheit.« Die Diskussionen um das sogenannte [Heizungsgesetz](#) hätten zudem zahlreiche Menschen verschreckt. »Es ist der Eindruck entstanden, der Staat wolle in die Privatsphäre eingreifen.« Bei Themen wie Klimaschutz oder Migration brauche es »eine transparente Politik, die im Zeitalter der sozialen Medien zudem gut kommuniziert werden muss«, so Wildt.



Die AfD-Parteispitzen Alice Weidel und Tino Chrupalla (v.l.) Anfang Juli im Bundestag: Mit allen Mitteln gegen Demokratiefeinde vorgehen

Foto: Kay Nietfeld / dpa

Ein Verbot der AfD hält der Historiker derzeit nicht für sinnvoll: »Mit einem solchen Antrag würde man der Partei noch mehr Zulauf verschaffen. Eines ihrer falschen Narrative lautet, verfolgt und diskriminiert zu werden.« Gleichzeitig müsse der Staat aber mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Demokratiefeinde wie die AfD vorgehen. Ein Verbot dürfe nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden: »Die Beobachtung und Bewertung durch den Verfassungsschutz ist unerlässlich. Wird festgestellt, dass die Partei insgesamt verfassungsfeindlich ist, dann muss sie sicherlich verboten werden«, so Wildt.

»Schon Hitler setzte auf Hassreden«

Rossol und Wildt betonen die fundamentalen historischen Unterschiede zwischen Berliner und Weimarer Republik. Wildt sagt: »Damals lehnten viele Deutsche die Demokratie als Staatsform ab.« Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg sei Weimar nicht zuletzt auch an rigiden Reparationszahlungen und einer

epochalen [Weltwirtschaftskrise](#) gescheitert. »Heute hingegen haben wir in Westdeutschland fast 80 Jahre Demokratieerfahrung inklusive Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.«

Doch in den östlichen Bundesländern ist die Demokratie nicht so fest verankert, wie [eine Erhebung der Universität Leipzig](#) Ende Juni zeigte. Demnach sind Demokratieverdrossenheit und rechtsextreme Einstellungen unter Ostdeutschen weitverbreitet. Bei der Aussage »Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert« lag die volle Zustimmung bei 14 Prozent, die teilweise Zustimmung bei weiteren 19,1 Prozent.

Der Wunsch nach einer autoritären Staatsordnung habe schon zum Scheitern der Weimarer Republik beigetragen, sagt Wildt. Er gibt außerdem zu bedenken, dass die AfD fast ausschließlich auf negative Emotionen setze. »Sie schürt gezielt destruktive Gefühle gegen Migranten oder Angehörige der LGBTIQ-Gemeinschaft.« Die Vergiftung der Sprache sei schwer wieder rückgängig zu machen. Bereits in den Zwanziger- und Dreißigerjahren hätten rechtsextreme und faschistische Bewegungen erfolgreich Ressentiments gegen die Demokratie oder jüdische Deutsche bedient: »Auch Hitler setzte auf Hassreden.«

Wildt sieht jetzt die Zivilgesellschaft in der Pflicht: »Wir müssen uns gegen das Verächtlichmachen der Demokratie zur Wehr setzen.« Und er warnt vor einer Radikalisierung der politischen Mitte, vor einem Schulterschluss zwischen Konservativen und Rechtsextremen. Wie in der Weimarer Republik, wo in Thüringen 1930 die NSDAP erstmals an einer Landesregierung beteiligt war, weil die bürgerlich-konservativen Parteien um jeden Preis eine SPD-Regierung verhindern wollten.

»Worst-Case-Szenario wäre eine Minderheitenregierung der CDU, die sich von der AfD tolerieren lässt«, so der Historiker. »In Ostdeutschland sehe ich bereits die Brandmauer einstürzen.«